

Freie Meinung

Ausgabe 2/2015

Qualität

Wollen die Besten Lehrer werden?

IN DIESER AUSGABE

Wollen wirklich die Besten
Lehrer werden?
fragt sich Siegfried Neyer

Aktuelle Probleme im
Schulbereich behandelt
eine Arbeitsgruppe im FLV

Vorschläge zu einer NMS
Reform
stellt Dieter Grillmayer vor

Das Horrorgespenst
Schulautonomie sieht
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

"Alte" und "neue"
Rechtschreibung betrachtet
Dieter Grillmayer

Schöne Ferien ...



*... und gute Erholung.
Auf Wiedersehen im
nächsten Schuljahr!*

Wollen die Besten Lehrer werden?

Von Siegfried Neyer



Seit Jahren hört man von allen Seiten (Politik, Wirtschaft, Medien, „Bildungsexperten“ u.s.w.) die Forderung, dass unser Bildungssystem die besten Lehrer benötigt und nur die „Besten“ Lehrer werden dürfen. Wer die „Besten“ sind, wird allerdings nicht genauer definiert. Was als Forderung schön und berechtigt aussieht, wird in Wirklichkeit ständig untergraben. Wie soll talentierten jungen Menschen der Lehrerberuf schmackhaft gemacht werden, wenn sich gleichzeitig das Image der Lehrer ständig verschlechtert, Arbeitsbedingungen erschwert werden und die Bezahlung reduziert wird?

Am schlechten Image sind die Lehrer selbst nicht ganz unschuldig. So gibt es auch (zu viele) Lehrer, die für diesen Beruf ungeeignet sind und den üblichen negativen Stereotypen entsprechen. Es gibt bis heute kaum menschlich vertretbare Möglichkeiten, für den Beruf ungeeignete Lehrer in anderen Berufen unterzubringen. Eine Eingangsphase vor Beginn des Studiums kann dieses Problem mindern, es müs-

sen aber auch Ausstiegsszenarien für Lehrer geschaffen werden, die bereits unterrichten.

Hauptschuld am schlechten Image sind aber ausgerechnet jene, die am lautesten fordern, dass nur die „Besten“ Lehrer werden sollen. So kommt von Regierungspolitikern in regelmäßigen Abständen die Forderung, Lehrer sollen gefälligst zwei Stunden mehr unterrichten, selbstverständlich ohne zusätzliche Bezahlung. Solche Forderungen finden lauten Beifall bei vielen Journalisten (vor allem in Boulevardmedien) und auch Teilen der Wirtschaft. Wenn sich Gewerkschaft und Personalvertreter dagegen wehren, bekommen diese postwendend das Attribut Blockierer und Betonierer aufgedrückt. Dieselbe Forderung (10% mehr arbeiten ohne Lohnausgleich) hätte bei allen anderen Gewerkschaften dieselbe Reaktion, würde aber weder von Medien noch Öffentlichkeit kritisiert (das sind dann keine Blockierer). Als aufgrund einer EU-Richtlinie die maximale Arbeitszeit der Ärzte um ca. 1/3 reduziert werden musste, gab es von allen Seiten größtes Verständnis dafür, dass das keinesfalls zu einer Gehaltskürzung führen darf.

Interessant ist auch, dass die Diskussion um Verlängerung der Lehrerarbeitszeit im Zuge der Debatte um die Gegenfinanzierung der Steuerreform so richtig in Schwung kam. Lehrer und andere öffentlich Bedienstete sollen sich ihre Entlastung selbst finanzieren. Tatsächlich hängt diese Debatte aber mit einem schon länger bestehenden Budgetloch im Unter-

richtsministerium zusammen, das etwa so viel ausmacht, wie die diskutierte Verlängerung der Arbeitszeit einbringt (ca. 300 Mill. €). Ursache für dieses Loch ist der enorme Mitteleinsatz für die NMS mit kleinen Klassen, Teamteaching u.s.w. Der Rechnungshof hat 2013 festgestellt, dass die Personalkosten für einen Schüler der NMS € 7.200 betragen (in Hauptschulen € 6.600 und in AHS-Unterstufen € 4.700 Euro) und das bei einem sehr mäßigen Erfolg. Ausgerechnet der kostengünstigste und leistungsstärkste Schulzweig, die AHS-Unterstufe, soll zugunsten einer Gesamtschule abgeschafft werden. Bemerkenswert dazu war die Wortmeldung des ehemaligen VS-Direktors und Schulsprechers der SPÖ im NR und nunmehrigen Rechnungshofsprechers, Elmar Mayer, in der Sendung „Im Zentrum“ am 19.04.2015. Er kritisierte ebenfalls die Kosten der NMS und behauptete allen Ernstes, dass dieses Problem mit der Gesamtschule gelöst würde. Nachdem kleine Gruppen mit Teamteaching für die Individualisierung des Unterrichts unumgänglich sind, ist eine Gesamtschule mit geringeren Personalkosten pro Schüler nur dann möglich, wenn die Lehrverpflichtung, natürlich ohne Lohnausgleich, erheblich angehoben und das Niveau dramatisch gesenkt wird.

In der Diskussion um die Lehrerarbeitszeit wird häufig unterschlagen, dass es in den letzten 20 Jahren laufend zu Verschlechterungen im öffentlichen Dienst und speziell bei den Lehrern gekommen ist. Ich erinnere an viele

Nulllohnstunden und Gehaltsabschlüsse unter der Inflationsrate, unbezahlte Vertretungsstunden (mit etwas „Glück“ arbeitet man zusätzlich bis zu zwei Wochen gratis pro Schuljahr), Nichteinrechnung des Klassenvorstands in die Lehrverpflichtung, Stundenkürzungen (schadet Schülern, vermindert aber Personalkosten), Verschlechterung bei den Pensionen, neues Dienstrecht, verlängerte Ausbildung u. a. Fasst man

all diese nicht gerade berauschen- den Rahmenbedingungen zusammen, stellt sich die Frage: „Wie wollen die politisch Verantwortlichen denn tatsächlich die „Besten“ für den Lehrerberuf begeistern?“

Dämmer geht's nimmer?!

NEWS Nr. 13/15 freut sich darüber, dass das Gendern nun schon „automatisch geht“, und zwar anhand des folgenden „Sagers“ von StS. Mahrer, ÖVP: „Bis zum 17. November 2015 soll **im Sinne der Kinderinnen und Kinder** die von der SPÖ/ÖVP-Koalition derzeit beratene Schulreform stehen.“ Ist dieser „Sager“ ein Vorgriff auf das, was bei der Reform herauskommen wird?

Betrifft: Bundeshymne

In der „Kronenzeitung“ vom 10. April 2015 beklagte sich ein Leserbriefschreiber über die Textänderung bei der Bundeshymne. In seinem großen Bekanntenkreis gäbe es keine einzige Frau, welche die Änderung befürworte, alle seien verärgert. Eine Partei, welche das Thema aufgreife und die Wiederherstellung des Originaltextes fordere, könne mit großer Zustimmung und Wahlerfolgen rechnen.

Aus dem Protokoll der parlamentarischen Petitionsausschusses vom 25.11.2014:

Mehrheitlich zur Kenntnis genommen wurde die Bürgerinitiative betreffend „die Wiederherstellung der Originalbundeshymne“. Während die FPÖ-Mandatare der Meinung waren, dass damit dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen würde, war Michael Pock (Neos) der Auffassung, dass eine solche Maßnahme ein Riesenschritt in die falsche Richtung wäre. Eigentlich hätte diese Frage schon in den 1960er- oder 1970er-Jahren gelöst werden sollen und nicht erst im 21. Jahrhundert. Auch Wolfgang Pirkhuber (Grüne) zeigte sich gespannt, mit welchen Argumenten die Freiheitlichen im Plenum erklären werden, warum die Frauen in der Bundeshymne nicht vorkommen sollen.

Dazu: Angesichts von Umfragen, nach denen 90 % der Wahlbürger die Änderung nicht gutheißen, wäre eine Volksbefragung wohl angemessen, um die Sache vom Tisch zu bekommen. Wer sich dagegen wendet wie der selbstgefällige Herr Pock und seine Neos, der hat zur Demokratie offensichtlich ein gestörtes Verhältnis. Und Herr Pirkhuber sollte zur Kenntnis nehmen, dass sich die von ihm aufgeworfene Frage gar nicht stellt. Hätte die Texterin Paula von Preradovic, Mutter von Otto und Fritz Molden, den Frauen in der Bundeshymne einen besonderen Platz einräumen wollen, so

hätte sie es getan. Sicher hat sie bei „Söhne“, die sich auf „Schöne“ reimen, sehr wohl auch der großen „Töchter“ gedacht und wäre über die zeitgeistig-unsinnige Aufregung sehr verwundert. In ihren Text einzugreifen ist jedenfalls eine Geschmacklosigkeit.

Dieter Grillmayer



Aktuelle Probleme im Schulbereich

Ein Arbeitskreis im FLV hat am 14./15. März 2015 die folgende Problemliste erstellt und kritische Anmerkungen zur aktuellen Schulpolitik gemacht.

I. SOKRATES

A) Was ist das?

Das ist ein umfassendes Softwarepaket zur gesamten Verwaltung des Schulbetriebes (z. B.: Noten, Zeugnisse, Schülerdaten) an Bundesschulen mit folgenden Problemen:

B) Kritische Anmerkungen:

1. Mangelhafter Support (Verbesserungsvorschläge bleiben liegen, weil für deren Umsetzung kein Geld vorhanden!)
2. Nicht selbsterklärend (man benötigt mehr Zeit zur Handhabung, da teilweise fehlerhafter als das alte System).
3. Mangelhafte Schulung der Administratoren, zusätzliche Belastung der Lehrkräfte.
4. Derzeit keine Unterstützung der neuen Reife- und Diplomprüfung (RDP).
5. Zusätzlicher Administrationsaufwand für Lehrkräfte, um im Selbststudium mangelhaften Support und fehlende Schulungen zu kompensieren.
6. Unverbindliche Übungen sind schwierig anzulegen
7. Fehler sind nachträglich nur durch den Administrator behebbar. Allgemeine Fragestellung: Wer trägt die politische Verantwortung für eine derartige Auftragsvergabe (zu geringe Budgetierung, zu geringer Funktionsumfang)?

II. MOST (Modulare Oberstufe)

A) Was sie sein soll:

1. Ab der zehnten Schulstufe ist AHS/BHS semesterorientiert, d. h.: Beurteilungszeiträume sind Semester statt Schuljahre.
2. Module fassen den Semesterstoff zusammen; diese sind z. T. frei wählbar.
3. Begabtenförderung: Semesterweises Überspringen von Gegenständen, Semesterprüfungen im Vorfeld sind möglich und ein Unterricht in höheren Schulstufen ist möglich.
4. Repetieren soll durch Mischform aus Klassen- und Kurssystem verhindert werden.
5. Bis zu vier Mal ist eine Semesterprüfung wiederholbar (wird u. U. bis zur Matura „verschleppt“) und umfasst nur die Bildungs- und Lehraufgaben (Kompetenzbereich), die negativ beurteilt wurden.
6. In der AHS/BHS ist die neunte Schulstufe zu absolvieren; durchgefallene Schüler werden statistisch noch der Zubringerschule zugerechnet!

B) Kritische Anmerkungen:

1. Die organisatorische Abwicklung des Besuchs einzelner Module ist nicht klar festgelegt.
2. Der Besuch aller Module ist nur in einer Ganztagschule möglich, wobei der Schüler viele Unterrichtsfenster hat. An HTLs ist es auch nur bedingt über eine 6-Tage-Schulwoche möglich.
3. Es werden bei diesem System mehr Unterrichtsräume benötigt!

4. Für Risikoschüler (mit 30% wird gerechnet) soll es Fördermaßnahmen geben, die Mehrkosten verursachen, nämlich für individuelle Lernbegleitung, Förderkurse, Intensivunterrichtsangebote in Form von Freigegegenständen und Unverbindlichen Übungen.
5. Zusätzlich werden private Nachhilfeinstitute viel stärker frequentiert werden!
6. Laut Aussagen von Prof. Dr. Burkhardt sind starke Niveausenkungen durch das Modulsystem mit Zentralmatura zu befürchten.
7. Die wertvollen Klassenverbände werden zumindest teilweise zerrissen.
8. Niveauverlust durch Abwählen anspruchsvoller Lehrveranstaltungen.
9. Wahlfreiheit der Lehrveranstaltungen ist nur sehr eingeschränkt möglich – nur dort, wo Geld vorhanden ist.
10. Ein Nicht genügend bei der schriftlichen Matura kann nur mehr durch eine Kompensationsprüfung ausge bessert werden. (Problem: Kompensationsprüfung zwischen schriftlicher und mündlicher Matura!)
11. Durch das Modulsystem ist eine deutliche Verteuerung des Systems der AHS/BHS zu erwarten.
12. Der administrative Aufwand wird stark steigen und unübersichtlicher.

III. ZENTRALMATURA

A) Was sie sein soll:

Die teilweise Zentralmatura besteht aus vom Ministerium erstellten Maturathemen in den standardisierten schriftlichen Fächern (D, M, E), an den AHS aus einer vorwissenschaftlichen Arbeit, an den BHS aus einer Diplomarbeit jeweils mit einer Präsentation und Diskussion, nach Wahl der Kandidaten drei oder vier Klausurarbeiten und drei oder zwei mündlichen Prüfungen, in Summe also immer aus sieben Prüfungsteilen.

B) Kritische Anmerkungen:

1. Die rechtliche Grundlage hierfür ist ein „schlanker“ Gesetzestext ohne Umsetzungsverordnung und nur mit einer zu berücksichtigenden „Handreichung“ (140 Seiten) – nicht einmal als Erlass herausgegeben! Laut Sektionschef Dorninger sollen Probleme bei einer Prüfung mit Bescheidcharakter (= Matura!) durch „lokale Intelligenz“ gelöst werden.
2. Der Raum- und Ressourcenbedarf für die zentralisierten Teile, die österreichweit zeitgleich stattfinden müssen, ist nicht an jedem Standort vorhanden.
3. Zeit- und Raumbedarf für die mündlich abzuhaltenden Prüfungsteile ist nicht geklärt (lt. Dorninger), da lt. bisherigen Infos ein Maximum von 18 Prüfungen täglich vorgeschrieben ist.
4. Obwohl die schriftlichen Maturathemen zentral vorgegeben sind, müssen sie von den einzelnen Fachlehrern individuell nach einem Raster korrigiert und beurteilt werden.
5. Der ganze Unterricht in der Oberstufe ist nur mehr auf die Zentralmatura ausgerichtet und es gibt eine sehr eingeschränkte Lehrfreiheit für die Unterrichtenden.
6. Hoher administrativer Aufwand bei der Leistungsbeurteilung der schriftlichen und mündlichen Matura. Formale Aspekte werden zu Lasten inhaltlicher Kriterien überbewertet.
7. Niveauverlust belegt durch eine Studie (Dr. Burkhardt), dass sinnerfassendes Lesen völlig ausreichend ist, um die Maturabeispiele zu lösen.
8. Die radikale Kürzung der Vorbereitungsstunden auf die mündliche Matura (nur mehr vier Klassen übergreifend!) zum Nachteil der Maturanten – offensichtlich aus budgetären Einsparungsüberlegungen – führt auch zu einer finanziellen Schlechterstellung der Maturaprüfer.
9. Die Kürzung der Vorbereitungszeit für die mündliche Matura auf drei Wochen führte zu Protesten der

Schüler-, Eltern- und Lehrervertreter. Dies führte zu einem faulen Kompromiss, wo festgelegt wurde, dass die Maturanten die zehn Tage zwischen der Abschlusskonferenz und der schriftlichen Matura für die Vorbereitung auf die mündliche Matura verwenden dürfen, wobei sie dem Unterricht nur mehr in den Maturafächern beiwohnen müssen. Diese Zeit wurde bisher zur Vorbereitung auf die schriftliche Matura verwendet.

10. Der entstandene Mehraufwand wird in keiner Weise finanziell abgegolten.

IV. SEKUNDARSTUFE I – NMS

Evaluierungsergebnisse und kritische Aufarbeitung:

1. Wie die Evaluierung der NMS zeigt, bewirkt sie österreichweit keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung bezüglich der abgefragten Bildungsstandards bei wesentlich höheren Kosten als die Hauptschule.
2. Die leistungsbetonte Hauptschule mit drei Leistungsgruppen in den Schularbeitsfächern ohne Integrationsschüler brachte deutlich bessere Ergebnisse als die NMS.
3. Um dem Niveauverlust entgegenzuwirken, sollen in den Gymnasien Aufnahmetests eingeführt werden! Dies würde auch den Druck, den viele Eltern auf die Volksschullehrer ausüben, beseitigen.
4. Die Einbindung der Bundeslehrer in den Unterricht (D, E, M) wird zunehmend weniger, weil dafür zuwenig Interesse besteht und der Lehrermangel an den AHS/BHS zunimmt. Das Engagement der Bundeslehrer war bei der Einführung ein wesentliches Argument für die NMS.
5. Die Lehrer an den Pflichtschulen und an den AHS werden gegeneinander ausgespielt. Das bewirkt eine Entsolidarisierung und einen zusätzlichen Niveauverlust sowie Spannungen im Lehrkörper. Diese Situation fördert Burn-Out-Probleme.
6. Leistungsstarke Schüler werden oft sich selbst überlassen, da der Fokus zu sehr auf den Durchschnitt gerichtet ist.
7. EDL (= Ergänzende differenzierte Leistungsbeurteilung) und KEL-Gespräche (Kind-Eltern-Lehrer-Gespräche) sind eine Farce und eine Verhöhnung aller Beteiligten. EDL: Ausschließlich positive Rückmeldung durch den Klassenvorstand anhand einer Auswahl von drei von hundert vorgegebenen Textbausteinen. KEL: Anstelle des Elternsprechtages standardisiertes Gesprächsformat mit fünfminütiger Vorstellung einer beliebigen, guten Leistung des Schülers durch diesen selbst, fünf Minuten Rückmeldung durch Eltern und fünf Minuten Zeit für den Lehrer, vorzustellen, wie der Schüler seine Arbeit zukünftig optimieren kann (Vereinbarung!). Zusätzlich hat die begleitende Lehrkraft Auskünfte über alle Gegenstände des Schülers zu geben.
8. Es ist dringend Rechtssicherheit bzgl. der Leistungsbeurteilung herzustellen, d. h. es muss bundesweit eine Regelung bzgl. der 4.0-Skala erfolgen. (4.0-Skala: Komplexer Beurteilungsraster.)
9. Weiterbildungsinhalte sollen bundeseinheitlich abgestimmt sein (keine einander widersprechenden Aussagen über 4.0!).
10. Bei der Leistungsbeurteilung werden formale Aspekte zu Lasten inhaltlicher Kriterien überbewertet.
11. Der administrative Aufwand bewirkt eine Überlastung der Lehrkräfte. Die Beurteilungskriterien sind für die wenigsten Eltern und Schüler nachvollziehbar.
12. Der entstandene Mehraufwand wird in keiner Weise finanziell abgegolten.

V. LEGASTHENIE

A) Ist-Zustand:

Es ist keine offizielle Bescheinigung mehr notwendig. Jede Lehrkraft stellt selber fest, ob ein Schüler Legasthener ist oder nicht. Wie die Legasthenie in die Note eingerechnet wird, ist nicht festgelegt und in keinem Zeugnis ersichtlich.

B) Forderung:

Legasthenie muss bundesweit gleich bewertet und berücksichtigt werden.

Vorschläge zu einer NMS-Reform

Von Dieter Grillmayer

Bei aller berechtigten Kritik an der NMS wird gerne vergessen, dass bereits die NHS („Neue Hauptschule“), welche im Jahr 1982 die zweizügige Hauptschule abgelöst hat, eine Fehlkonstruktion gewesen ist. Man kann nicht drei Leistungsgruppen in Deutsch, Englisch und Mathematik einrichten und so tun, als wäre in allen anderen Gegenständen keine Differenzierung nach dem Leistungsvermögen der Schüler notwendig. Und man darf nicht außer Acht lassen, dass viele Schüler, vor allem Buben, gern den Weg des geringsten Widerstandes gehen und sich selber in eine untere Leistungsgruppe abstufen, um ein „leichteres“ Schulleben zu haben. Sie tun damit nur, was ihnen von allen Seiten eingeredet wird, dass Anstrengungen zu vermeiden sind, dass Schule vor allem „Spaß“ machen soll und dass Bildung um der Bildung willen sowieso keinen Sinn hat. Wenn hier nicht das Elternhaus mit Erfolg gegensteuert, dann ist das negative Ergebnis schon vorprogrammiert.

Der Forderung, zu dieser suboptimalen Struktur zurückzukehren, kann ich daher ebenso wenig ab-

gewinnen wie der gegenteiligen, nämlich die AHS-Unterstufe abzuschaffen, damit die NMS mehr leistungsfähige Schüler bekommt, die dann den Schwächeren unter die Arme greifen – und alles wird gut. Diesen naiven Standpunkt vertritt z. B. Peter Pelinka in NEWS Nr. 10/2015 und stellt seiner Intelligenz damit kein gutes Zeugnis aus. Zitat gefällig? „Gstopfte und Gscheiterln schicken ihre Kinder weiter eher aufs Gymnasium, für die (eventuell mindestens ebenso begabten) anderen bleiben die Restschulen, egal unter welchem Namen.“

Wird es also nun wieder 30 Jahre dauern, bis die Fehlkonstruktion NMS durch ein möglicherweise noch schlechteres Modell ersetzt wird? Im Folgenden werde ich Reformen vorschlagen, die am Ziel einer Individualisierung des Unterrichts festhalten, seine Durchführung aber in praktikable Bahnen zu lenken vermöchten. In den Grundzügen steht alles schon in einem vom mir redigierten Bildungspapier aus dem Jahr 1998.

Vorab zwei Prämissen: Erstens, dass auf Sekundarstufe I neben

der Hauptschule eine gymnasiale Unterstufe bestehen bleibt, aller-

Zwei Prämissen vorab!

dings wirklich nur als Hochbegabteneinrichtung, was eine daran orientierte Reform der Aufnahmemodalitäten unabdingbar voraussetzt. Und zweitens, dass die Hauptschule, auf Schüler umgerechnet, durchaus mehr kosten darf als das Gymnasium, weil sie die ungleich schwierigere Aufgabe zu bewältigen hat. Dem Einwand von AHS-Lehrern, dann könne man ja gleich bei der teuren NMS bleiben, setze ich deren erwiesene Ineffizienz entgegen. Wenn eine Bildungsstätte hingegen wirklich aus jedem ihrer unterschiedlich bildungsfähigen Zöglinge das jeweils Beste herausholt, dann darf das auch mehr kosten als der eher vergnügliche Unterricht in Klassen, wo ein annähernd gleiches und hohes intellektuelles Niveau erwartet werden kann.

„Die vierjährige Hauptschule bildet die Hauptform der Sekundarstufe I und ist auf die Bildungsziele Berufsvorbildung,

staatsbürgerliche Erziehung und Kulturverständnis ausgerichtet. Reformmaßnahmen: Abschaffung der Leistungsgruppen zugunsten eines Systems von Kernstunden für alle Schüler der Klasse, Stützunterricht für leistungsschwache und Förderstunden für leistungsstarke Schüler. Die wesentlichen Kulturtechniken sind in der Hauptschule durch mindestens eine Stunde Deutsch, Mathematik und Fremdsprache an jedem Schultag schwerpunktmäßig zu vermitteln.“

So steht es in dem bereits genannten Bildungspapier, veröffentlicht in „Freie Meinung“ 2/1998. Im Unterschied zur NMS-Struktur wird damit für unterschiedlich leistungsfähige Schüler in einem Teil des Pflichtunterrichts auch eine räumliche Trennung angeregt, für die einen, um durch zusätzliche Übungsstunden den Anschluss nicht zu verlieren und das durchschnittliche Klassenziel zu erreichen, für die anderen, um eine über dieses Ziel hinausgehende Förderung zu erfahren. Ähnliches wäre grundsätzlich auch im Sachunterricht vorzusehen, sollte im Detail aber schulautonom nach Bedarf entschieden werden können. In den vorwiegend praktischen und musischen Fächern mag der Ganzklassenunterricht die Norm bleiben, entsprechende Nei-

punkt erreicht. Denkbar wäre auch, Schüler etwa nach der 2. Klasse vom Fremdsprachenunterricht zu befreien, wenn sie dort überhaupt nichts weiterbringen, und ihnen stattdessen neben dem Stützunterricht in Deutsch und in Mathematik einen praktischen Unterricht zukommen zu lassen, dem sie gewachsen sind.

Selbstverständlich komme ich nicht umhin, in diesem Zusammenhang wieder darauf hinzuweisen, dass auch die Rahmenbedingungen stimmen müssen, wenn ein Schulmodell erfolgreich sein soll. Finnlands gutes Abschneiden bei den PISA-Tests ist nicht der dortigen Gesamtschule geschuldet, sondern u. a. der Bevölkerungsstruktur, der Lehrerbildung, der Lehrerauswahl und der Schulkultur, die trotz „Schulstrafen“ oder vielleicht gerade deswegen viel besser ist als bei uns. Die Mathematik-Spitzenresultate der Schweiz wiederum beruhen darauf, dass dort ein eher konservativer Unterricht, frontal und ganzheitlich, nicht in „Projekte“ und „Module“ zerstückelt, vorherrscht und die klassischen Rechentechniken (Kopfrechnen, Bruchrechnen) intensiv gepflegt werden.

Zuletzt nochmals zurück zum achtjährigen Gymnasium und warum es erhalten bleiben soll.

Erstens ist es billiger, die Hochbegabten in homogenen Klassen zu unterrichten als sie aus heterogenen Gesamtschulklassen „herauszupicken“. Gleichwohl wird Letzteres – vorwiegend im ländli-

chen Raum – Sinn machen, wenn den Halbwüchsigen dadurch weite Schulwege erspart bleiben; eine gut strukturierte Hauptschule – nicht die derzeitige NMS – kann gewiss auch einem Hochbegabten gerecht werden und ihn für den Besuch einer weiterführenden Maturaschule fit machen.

Zweitens wird mit dem Erhalt der AHS-Langform niemandem geschadet. Alle einschlägigen Studien – wie etwa die von Univ.-Prof.

Bildungsgerechtigkeit
=
begabungsgerechter Bildungszugang

DDr. Helmut Fend in der Modellregion Wetzlar durchgeführte – belegen, dass hinsichtlich „Bildungsgerechtigkeit“, worunter wohl ein begabungsgerechter Zugang zur Bildung für jeden Heranwachsenden gemeint ist, kein Unterschied zwischen dem Gesamtschulsystem und dem gegliederten System besteht. Allerdings lässt ein von Anfang an auf die Reifeprüfung zugeschnittenes achtjähriges Kontinuum ein besseres Endergebnis erwarten als ein in zwei verschiedenen Bildungsanstalten absolvierter Schulbesuch. Aus meinem Maturajahrgang (1959) haben von 20 Klassenkameraden 16 einen akademischen Abschluss erlangt und zwei weitere sind als Hauptschuldirektoren in Pension gegangen. Nach Herkunft waren 15 aus der Mittelschicht (Gewerbetreibende, Angestellte, Beamte, vorwiegend unter dem Matura-Niveau), drei hatten zwar Vollakademiker zu Vätern, lebten (mit einer Ausnahme) aber bei ihren alleinerziehenden Müttern, und zwei Mitschüler stammten aus ganz einfachen Arbeiterfamilien – beide haben eine

höhere Schulstufe
=
größerer Differenzierungsbedarf

Leistungsgruppen sind aber anzubieten. Es liegt auf der Hand, dass zu Anfang (1. Klasse) ein eher geringer Differenzierungsbedarf bestehen wird, der allmählich zunimmt und in der 4. Klasse seinen Höhe-

glänzende akademische Berufskarriere hingelegt.

Soviel zur angeblichen sozialen Ungerechtigkeit der traditionellen österr. Schulstruktur. Ihr verdanken wir unsere Nobelpreisträger, unsere Techniker und Wirtschaftler, die Österreichs guten Ruf als Bildungsland begründet und als

Wohlstandsland gesichert haben. Das Wissen und Können der Nachrückenden, deren Tüchtigkeit und Leistungsbereitschaft sind eine *conditio sine qua non* dafür, dass es so bleibt.

Immer aktuell informiert!

www.flv.at

Rosenkranz:

Das FPÖ-Konzept „Deutsch vor Regelunterricht“ sickert endlich in die Regierung

„Eigene Sprachförderklassen sind wichtig, damit Kinder Deutsch so gut lernen, bis sie für den Regelunterricht fit sind“, äußert sich der freiheitliche Bildungssprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Unterrichtsausschusses, NAbg. Dr. Walter Rosenkranz, zu den von der Koalition geplanten „Vorbereitungsklassen“. „Dass Bildungsministerin Heinisch-Hosek in diesem Zusammenhang nur von außerordentlichen Schülern redet und getrennte Klassen ablehnt, zeigt, dass sie noch immer nicht verstanden hat, worum es geht und was wirklich ist“, setzt Rosenkranz fort.

„Die FPÖ fordert solche speziellen Förderungsklassen schon seit langem unter der Parole ‚Deutsch vor Regelunterricht‘. Nicht die Einführung solcher Klassen führt zur Ghattobildung, sondern wer solche Klassen ablehnt, der fördert die Ghattobildung“, ist Rosenkranz überzeugt.

Zum beschämenden Ergebnis der NMS-Evaluation repliziert Rosenkranz: „Was unseren Kindern derzeit unter dem Titel Bildungs-

reform seitens der SPÖ angetan wird, wiegt schwerer als jeder Hypo-Skandal. Und die ÖVP trägt ihr Scherflein dazu bei – immerhin hat die ÖVP, ohne die Evaluierung der Neuen Mittelschule mit dem jetzigen verheerenden Urteil abzuwarten, der Einführung ins Regelschulwesen zugestimmt“, so Rosenkranz.

Jetzt seien die Spitzen des Staates gefordert, klare Worte und Entscheidungen zu finden, so Rosenkranz. „Selbst der Bundespräsident kann sich angesichts des Desasters in der Bildungspolitik nicht mehr verschweigen. Und Bundeskanzler Faymann kann sich besser heute als morgen ernste Gedanken über die Besetzung des Bildungsministeriums machen. SPÖ-Parteibuch und Genderfantasien sind zu wenig Qualifikation!“, betonte Rosenkranz.

Aus einer Senats-Rede von M. T. CICERO

(55 v. Chr.):

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.“

Gefunden in einem Leserbrief der „Kronenzeitung“ am 13.02.15



Wie lange noch Pleiteministerin Heinisch-Hosek?

Von Josef Pasteiner

Die Schulministerin hat ein veritables Problem. Sie braucht deutlich mehr Geld als sie budgetiert hat. Ihr Ministerium bekommt jährlich mehr als 8 Mrd. Euro. Das reichte schon 2014 nicht und letztlich fand man als „Lösung“, dass die 200 Mio. Euro, die für die Mieten der Schulobjekte bei der BIG (= Bundes-Immobilien-Gesellschaft) fällig waren, bis 2015 gestundet wurden.

Doch für 2015 hat sie nun eine Budgetlücke von mindestens 342 Mio. Euro. Diese Summe steigt nach Informationen aus dem „Kurier“ im nächsten Jahr auf 550 Mio. Euro an. Die Budgetlücke für 2017 dürfte auf 600 Mio. Euro steigen. Die Grundlage dafür ist ein Expertenbericht des Rechnungshofes, der die Mehrkosten für die NMS im Vergleich zur Hauptschule mit bis zu 300 Mio. Euro jährlich beziffert. Zusätzlich kostet der krampfhafteste Ausbau der Ganztagschule jährlich mindestens ebenso viel.

Ihren Ruf an Finanzminister Schelling um mehr Budgetmittel beantwortete dieser im Blattl „Österreich“ eiskalt: „Es ist genug Geld im Bildungssystem, wir brauchen nicht mehr. Wir geben es nur wahnsinnig ineffizient aus. Wir dürfen nicht Dinge fortschreiben, die nicht funktionieren. Wenn wir uns den Bericht zur Neuen Mittelschule ansehen, sieht man, dass die Mittel nicht richtig eingesetzt werden. Wenn man falsch entschieden hat, dann muss man in der Politik den Mut haben,

etwas zu verändern und es nicht einfach weiterzuführen“.

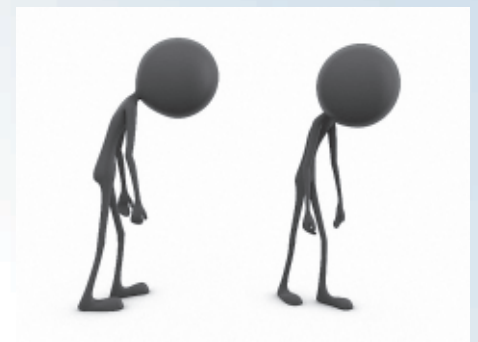
Am 5. April setzte ÖVP-Wissenschaftsminister Mitterlehner im „Österreich-Blattl“ noch eins drauf: „Ich sehe das bisherige Modell der NMS skeptisch. Wenn man es nicht qualitativ aufwerten kann, hätte man 300 Mio. Euro in den Sand gesetzt. Laut Rechnungshof hat sich nichts verbessert, nur die Kosten sind mehr geworden“.

In dem Machtkampf mit den ÖVP-Ministern kam Heinisch-Hosek nun plötzlich auf die Idee, eine Erhöhung der wöchentlichen Lehrverpflichtung für alle Lehrer um zwei Stunden zu fordern, was angeblich Einsparungen von 360 Mio. Euro jährlich bringen würde. Es ist bekannt, dass damit ihre Vorgängerin schon 2009 scheiterte, doch bei unserer Regierung ist scheinbar alles möglich.

Die Reaktion des Lehrgewerkschafters Kimberger kam prompt: „Die verfehlte Politik kann nicht auf dem Rücken der Lehrer getragen werden.“ Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer zeigte übrigens: „Wer eine ruhige Kugel schieben will, sollte folgende Berufe meiden: 1. Lehrer, 2. Pfleger, 3. Berufsfahrer“. Trotz der Ferien fühlen sich 66 % der Lehrer – die meist Lehrerinnen sind – extrem gestresst und viele sind Burn-Out-gefährdet. Die Hauptursachen sind immer mehr Problemschüler und die verfehlten Schulreformen. Dazu

hat übrigens Heinisch-Hosek wieder einen Beitrag geleistet, was nun auch schon von der Regierung beschlossen wurde. Es müssen die NMS-Zweitlehrer („Team Teaching“) nicht mehr bei den Schularbeitsfächern Deutsch, Mathematik und Englisch mitgehen, wo es ja nun in jeder 3. und 4. Klasse zwei unterschiedliche Beurteilungssysteme gibt, was für die Lehrer sehr stressig ist. Vielmehr kann die NMS die dafür vorgesehenen sechs Unterrichtsstunden autonom auch an alle anderen Fächer vergeben. Wenn in Musik, Turnen, Werken oder Biologie zwei Lehrer gemeinsam in die Klasse gehen, mag dies für die entsprechenden Fächer und Lehrer angenehm sein. Es hilft aber nicht gegen den zunehmenden Analphabetismus und die Rechendefizite der Schüler!

Doch der Wahnsinn katastrophaler „Schulreformen“ ist noch lange nicht zu Ende. Bis 17. November 2015 will die SPÖ-ÖVP-Koalition die angeblich „größte Schulreform seit 40 Jahren“ verkünden. Die weitere Schulzerstörung mit oder ohne Heinisch-Hosek ist damit garantiert!



Schulische Apartheid

Förderung der Privilegierten statt Herstellung von Chancengleichheit

In Frankreich gilt die Vorschrift, dass Kinder dort, wo sie wohnen, zur Schule gehen müssen. Nur in Sonderfällen, etwa im Fall hochbegabter oder behinderter Kinder, werden Ausnahmen gewährt. Um den leistungsschwachen Problemschulen zu entfliehen, versuchen viele Eltern, die Regelung der «Carte Scolaire» durch fiktive Adressen auszutricksen. Und die meisten Eltern der mittleren und höheren Schichten, die noch in einer Problemzone leben, versuchen ihre Kinder an eine der landesweit 8500 Privatschulen zu schicken, die zumeist katholisch sind und in der Regel vom laizistischen Staat massiv subventioniert werden, so dass sich die durchschnittliche Jahresgebühr im Raum Paris auf relativ bescheidene 1500 Euro beläuft.

Soziale Gräben

Schulische Apartheid ist in Frankreich keine Seltenheit. Ganz im Gegenteil. Laut der letzten Pisa-Studie der OECD für 2012 klaffen in keinem anderen Industrieland derart tiefe soziale Gräben und hängt die schulische Leistung der Kinder derart stark von der sozialen Herkunft ab. Dabei hat sich die Kluft laut OECD in den letzten zehn Jahren noch erheblich vertieft, und das hat auch das durchschnittliche Ausbildungsniveau gedrückt. Ein Arbeiterkind, das im allgemeinen oder naturwissenschaftlichen Gymnasium begonnen hat, hat eine fünfmal geringere Chance, eine Vorbereitungsklasse für eine Elitehoch-

schule zu erreichen. Und während 80 Prozent der Jugendlichen aus privilegiertem Milieu eine höhere Bildung erlangen, sind es nur 40 Prozent der Arbeiterkinder.

Laut der Erziehungswissenschaftlerin Christine Delory-Momberger ist Frankreich geradezu ein Paradies der sozialen Prädestination geworden und hat die republikanische Schule kläglich versagt. Im krassen Widerspruch zum Ideal der «Lehrerin der Nation», die zumindest Chancengleichheit garantiert. Paul Levin, der Generalsekretär der Gewerkschaft französischer Schulinspektoren, bezweifelt ebenfalls, dass das vom Präsidenten angekündigte Erziehungsprogramm viel ändern wird. Das Problem sei nicht durch einen noch intensiveren republikanischen Katechismus zu lösen. Das Malaise hänge schlicht damit zusammen, dass die Jugendlichen in den Ghettos weniger Bildungschancen hätten und sich ausgegrenzt fühlten.

Lehrermangel im Ghetto

Nach Ansicht von Levin wäre es auch völlig verfehlt, die Überwindung der sozialen und anderer Gegensätze allein der Schule aufbürden zu wollen. Das Hauptproblem sei nicht die Schule, vielmehr leide sie unter der sozialen, ethnischen und religiösen Segregation der Wohnquartiere. Diese Ghettobildung war in den sechziger und siebziger Jahren durch eine verfehlt Siedlungs- und Wohnbaupolitik wesentlich

vorgespart worden, bei der an der Peripherie der französischen Städte ein gigantisches Wohnsilo nach dem anderen hochgezogen wurde. Die Explosivität des Problems ist spätestens seit den Kra- wallen von 2005 in den Banlieues bekannt, doch wurde es seither immer wieder verdrängt, wie unlängst auch Premierminister Manuel Valls zu bedenken gab. Bisherige Versuche, diese Fehlentwicklung zu korrigieren und die Wohnquartiere wieder besser zu durchmischen, sind jedoch weitgehend gescheitert. Schulinspektor Levin klagt aber auch über den Umstand, dass gerade in den Problemzonen gut qualifizierte Lehrkräfte fehlten, oft völlig unerfahrene Hilfskräfte eingestellt werden und der Staat für die Vorbereitung der zumeist bereits privilegierten Schüler auf die Elitehochschulen verhältnismässig weit mehr Geld aufwende als etwa für die Primar- und Sekundar- schule.

Quelle: NZZ 2015-02-28

Peter Rosegger:

Ein Talent hat jeder Mensch, nur gehört zumeist das Licht der Bildung dazu, um es aufzufinden.

Horrorgespenst Schulautonomie

Von Josef Pasteiner

In seinem jüngsten Buch „Geisterstunde“ sieht der Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann in unserer Bildungspolitik viele gespenstische Faktoren. Besonders widmet er sich den sogenannten „Bildungsexperten“ Salcher und Schilcher (Androsch und Glattauer kann man noch dazu nehmen). Liessmann: „Eines ist ihnen gemeinsam, die Überzeugung, dass das aktuelle Bildungssystem das denkbar schlechteste ist und dass nur eine grundlegende Bildungsrevolution die drohende Katastrophe abwenden kann.

Die Bedeutung des Bildungsexperten liegt weniger in der Qualität seiner Expertise als in der medialen Aufmerksamkeit, die er genießt. Dadurch prägt er ganz wesentlich die öffentliche Stimmung und das Bild, das allenthalben von Schulen, Lehrern und Universitäten existiert. Mittelbar beeinflusst er so die Politik, die er gleichzeitig verachtet, da er sie letztlich für jene Bildungsmisere verantwortlich macht, gegen die er seinen heroischen Kampf führt.“ Ergänzt sei dazu, dass der „Bildungsexperte“ gar kein Interesse an der Verbesserung unseres Schulsystems hat, da er ja mit der ständigen Kritik an Missständen gut verdient.

Da bei der „Schulreform“ offensichtlich zu wenig weiter geht, bzw. sie wie die Neue Mittelschule (NMS) nicht die erwünschten Verbesserungen bringt, müssen andere „Reformen“ her. So wurde eine rot-schwarze „Bildungsreformkommission“ aus folgenden acht Politikern gebildet: BM Heinisch-Hosek, BM Ostermayer, BM Mikl-Leitner, Staatssekretär Mahrer, sowie den Landeshauptleuten Niessl, Kaiser, Pröll und Haslauer. Sie sind keine Experten, aber als Politiker wollen sie es den oben genannten Pseudoschulexperten Recht tun und ihre eigene

Macht stärken.

Die neuen Superschlagwörter sind dabei die Schulautonomie sowie die Verländerung der Schulverwaltung, bei der Pröll bis zu 35 Mio. Euro jährlich einsparen will. Die Steuerreformer sprechen sogar von mehr als 700(?) Mio. Euro. Alle 125.000 Lehrer sollen Landeslehrer sein, also auch die 45.000 AHS- und BHS-Professoren, die bis dato sogenannte „Bundeslehrer“ sind. Dabei wird übersehen, dass auch bei diesen fast alles über die Landesschulräte abgewickelt wird. Letztere sollen abgeschafft und durch „unabhängige“ Bildungsdirektionen (BD) abgelöst werden, ein ähnlicher Etikettenschwindel wie bei der Umwandlung der HS in NMS. Die BD sollen unabhängig und nicht an Weisungen (von wem?) gebunden sein. Da manche Politiker fordern, dass die jeweiligen Schullandesräte nebenbei Chefs der BD werden sollen, wird das nicht nur einen krassen Kompetenzverlust bewirken, sondern eine totale Verpolitisierung!

Auch die Pädagogik und Organisation soll schulautonom werden, wobei Heinisch-Hosek in ihrer jüngsten Pressestunde schon ihre Vorliebe für den Unterrichtsbeginn erst um 8,30 Uhr, die Ab-

schaffung der Schulglocken und der 50-Minuten-Stunde sowie für die verschränkte Ganztagschule bekannt gab, wo die Schüler keine Schultaschen mehr brauchen. Jeder Schüler soll sich zusätzlich zu den Ferien noch 5 weitere Schultage individuell frei nehmen können – auch an Schularbeitstagen? Die Schulleiter sollen autonome pädagogische Schulkonzepte erstellen, wobei im Unterricht bis zu 25 % von den Lehrplänen abgewichen werden darf. Nun muss man wissen, dass es seit BM Gehrler nur mehr Lehrpläne gibt, die aus einigen allgemeinen Sätzen bestehen. Mehr „entrümpeln“ kann man die Lehrpläne nicht mehr. Da die Abweichungen vom „Lehrplan“ an den AHS und BHS keinen Stoff für die Zentralmatura betreffen dürfen ist zu erwarten, dass die Schüler daran kein Interesse haben. Es ist nur mehr der Lehrstoff für sie wichtig, der zur Zentralmatura

Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von N.Ö., Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann von N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer.

gehört und jede pädagogische Freiheit ist weg! Die Direktoren sollen die Personalhoheit bei der Einstellung von Lehrern bekom-

men, was an den AHS und BHS derzeit ohnehin schon zu 90 % der Fall ist. An den Pflichtschulen wird bei den politisch eingesetzten Direktoren das Parteibuch für Junglehrer weiter eine große Rolle spielen.

Es soll auch eine „freie Verfügbarkeit über bestimmte finanzielle Ressourcen“ geben mit einer Möglichkeit zur Drittmittelbeschaffung durch Sponsoren. Abgesehen davon, dass dies alles schon längst möglich ist, besteht die berechtigte Befürchtung, dass die Schulen mit dieser Finanzhoheit auch noch weniger Geld vom Ministerium bekommen! Heinisch-Hosek scheut sich dabei nicht, zu betonen, dass in den Niederlanden 86 % der Entscheidungen auf Schulebene getroffen werden, in Österreich aber nur 31 %, und das müsse sich ändern. Wenn diese „Autonomie“ kommt, gibt es viel Mehrarbeit für die Schuladministratoren und Direktoren, wozu eigentlich neues Personal nötig

wäre. Aus Einsparungsgründen wird es dieses aber nicht geben, sondern es bestehen sogar Absichten, die Anzahl der Schuldirektoren auf 30 % (!!!) zu reduzieren! Wer will so überhaupt noch Direktor werden? Aber man braucht ja schließlich 300 zusätzliche Mio. Euro für die Einführung der NMS und nochmals mindestens 300 Mio. Euro für den Ausbau der Ganztagschulen.

Dazu bemerkt der FPÖ-Schulsprecher und Vorsitzende des parlamentarischen Schulausschusses NR Dr. Walter Rosenkranz: „An allen Ecken und Enden, wo die SPÖ-Ministerinnen Schmied und Heinisch-Hosek zugehört haben bzw. zulangt, ist nur ein Scherbenhaufen geblieben! Offenbar steht der Niveauverlust als Ziel fest, vom Rohrkrepiierer NMS bis zur Chasmatura. Es reicht!“ Zur Freude der „Schulexperten“ ist das schauderlich gespenstisch, Frau Minister!

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag. Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

„Alte“ und „neue“ Rechtschreibung

Von Dieter Grillmayer

Unlängst fiel mir ein Buch von einem Dr. Karl Schenkl, Mitglied der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien und von dieser 1864 herausgegeben, über Seneca in die Hand. Schon der erste Absatz überraschte mich hinsichtlich der vor knapp 150 Jahren offiziell gültigen Rechtschreibregeln:

„Die sogenannte Apokolokyntosis ist, wenn auch die kleinste unter den Schriften des Seneca, doch **gewiss** ihrem **Werthe** nach nicht die letzte. Nicht **blos**, **dass** uns in ihr das einzige Beispiel eines libellus famosus aus dem **Alterthume** vorliegt, ... , gewährt auch dieses Werkchen einen ziemlichen Einblick in die Verhältnisse jenes Zeitalters und ist auch für die **Beurtheilung** der damaligen Stellung des Philosophen und seines Charakters von nicht geringem **Werthe**.“

Bekannt war mir natürlich schon bisher der Umstand, dass bei der Rechtschreibreform von 1901 viele „stumme Has“, wie bei **Thür** und **Thor** sowie oben bei **Werth**, **Alterthum** und **Beurtheilung** ausgemerzt worden sind und dass bei dieser Reform auch viele „Ces“ durch „Kas“ oder „Zets“ ersetzt worden sind, z. B. Konzert statt **Conzert** und Zentrum statt **Centrum**. Überrascht hat mich das Fehlen des „scharfen S“ (ß) und insbesondere die vielen „Doppel-S“ (ss) am Wortende, das bei Weitem auffälligste Merkmal der mit Stichtag 1. August 1998 von Belgien, Deutschland, Italien, Liechtenstein, Österreich, Rumä-

nien, der Schweiz und Ungarn vereinbarten Neuen Deutschen Rechtschreibung (NDR), die also so „neu“ gar nicht ist.

Als Lehrer habe ich schon immer die Ansicht vertreten, dass allein die Tatsache der Verbindlichkeit für den Schulunterricht ausreicht, der NDR zum Durchbruch zu verhelfen, und dass eine Rückkehr zu den „alten“ Regeln, von kleinen



Korrekturen abgesehen, nicht stattfinden wird. (Das haben inzwischen auch ein paar „Qualitätszeitungen“ eingesehen.) In der Sache selbst empfinde ich insbesondere die ß/ss-Regel, nach der „ß“ nur mehr nach langen Vokalen und nach Zwiellauten geschrieben wird, als sinnvolle Vereinfachung, ebenso die Silbentrennung nach Wortsilben, womit sich auch die Regel „Trenne nie Es-Te, denn das tut ihm weh“ erübrigt, welche meines Wissens lediglich eine Konzession an den Buchdruck war, damit dieser für „st“ nur eine Letter brauchte. Gleichfalls positiv beurteile ich die Liberalisierung bei der Beistrichsetzung, vor allem dann, wenn der Schreiber diese zur individuellen Gestaltung des Wortflusses nützt. Die „Gämsen“

(statt Gmsen) und „Schänken“ (statt Schenken) waren m. E. den verbalen Aufwand nicht Wert (oder wert?), mit dem sie kritisiert worden sind. „Aufwändig“ ist jedenfalls besser als aufwendig, weil dieses Eigenschaftswort mit einer Wende rein gar nichts zu tun hat, wie man ja auch in der Schänke i. A. nichts geschenkt bekommt.

Ein Problem ist und bleibt die Groß- und Kleinschreibung, wobei sich vor allem die Vertreter einer konsequenten Kleinschreibung darüber ärgern dürften, dass in der NDR nun sogar mehr groß geschrieben wird als vor der Reform. Nachvollziehbare Vereinheitlichungen sind „im Allgemeinen“, „in Bezug auf“, „nicht im Entferntesten“ oder „Geringsten“ usw., weniger schon „außer Acht lassen“, „im Argen liegen“, „Leid“ oder „Not nun“ und „Schuld sein“. Was aber ist mit „Kraft (oder kraft?) dieses oder jenes Umstandes“ und dem oben verwendeten „Wert sein“, das ich in meiner Fibel („Rechtschreibreform“ von Ludwig Boyer, Wien



1996) nicht gefunden habe. Apropos gefunden: Im genannten Buch über Seneca findet sich auch die Schreib-

weise **unter Anderem**, während die NDR hier die Kleinschreibung „unter anderem“ (u. a.) bevorzugt, was mir ein Germanist allerdings auch erst nach Einsicht in seine die NDR betreffenden Unterlagen sicher sagen konnte.

Der Niedergang der Bibliothek von Alexandria und das Schicksal der Hypatia

Von Dieter Grillmayer

Zu ihrer Blütezeit umfasste die Bibliothek von Alexandria mindestens eine halbe Million Schriftrollen. Sie umfasste das gesamte Wissen der damaligen Zeit. In Alexandria entwickelte Euklid seine Geometrie und hier kam Erathostenes um 200 v. Chr. zur Ansicht, dass die Erde eine Kugel sei, und berechnete deren Umfang auf ein Prozent genau.

Der erste Schlag gegen die Bibliothek erfolgte, als Julius Caesar im Jahr 48 v. Chr. versuchte, Alexandria zu erobern. Dabei fiel ein Teil der Sammlung, die in einem Speicher am Hafen ausgelagert war, einem Brand zum Opfer.

Der eigentliche Niedergang setzte im vierten Jahrhundert n. Chr. mit dem von Kaiser Konstantin eingeleiteten Prozess ein, der das Christentum zur Staatsreligion des Römischen Imperiums machte. Bis dahin hatten unter heidnischer Vorherrschaft der alte Vielgötterglaube sowie die monotheistischen Religionen der Juden und Christen nebeneinander existiert, in einem Geist, in dem sich Wettstreit und absorbierende Toleranz mischten. Damit war es nun vorbei; der Staat machte sich daran, das Heidentum und die heidnischen Religionen zu zerstören.

In Alexandria befolgte Patriarch Theophilus die kaiserlichen Edikte, indem er den Mob christlicher Zeloten gegen die Heiden aufhetzte. Bei einem Ausbruch von Gewalt zwischen den beiden Gruppen wurde ein Teil der riesi-

gen Bibliotheksanlage, das Serapion, gänzlich zerstört.

Das Serapion beherbergte eine Kolossalstatue des Gottes Serapis und verband den Kult des römischen Gottes Jupiter mit dem Kult um die ägyptischen Gottheiten Osiris und Apis. Nachdem sich die Heiden dort verbarrikadiert hatten wurde das Serapion von den Christen gestürmt und das berühmte Gottesbildnis zerschlagen. Daraufhin siedelte Theophilus in dem ehemals heidnischen Tempelbezirk Mönche an, welche dessen Gebäude in Kirchen umwandelten.



Wenige Jahre später sorgte Kyrill von Alexandria, der Nachfolger und Neffe des Theophilus, dafür, dass der Hass der Frommen sich nun auch gegen die Juden richtete. Nach blutigen Scharmützeln verlangte Kyrill die Vertreibung der großen jüdischen Gemeinde aus der Stadt. Orestes, oströmischer Präfekt von Alexandria, wies diese Forderung zurück und stieß dabei auf die Zustimmung der heidnischen Elite.

Deren angesehenste Vertreterin war die einflussreiche und hochgebildete Hypatia. Um 355 geboren war die Tochter eines

Mathematikers schon als junge Frau von legendärer Schönheit. Von weit her kamen Studenten, um unter ihrer Anleitung Werke von Platon und Aristoteles zu studieren.

In einen *tribon*, den traditionellen Philosophenmantel gehüllt, ließ sich Hypatia im offenen Wagen durch die Stadt fahren und pflegte regen Kontakt mit der herrschenden Elite der Stadt, ohne sich jedoch politisch zu betätigen. Die Angriffe auf die Kultstätten der Heiden hatten sie und ihre Anhänger noch schweigend hingenommen, Orestes Weigerung, die Juden aus der Stadt zu weisen, hat sie aber öffentlich begrüßt.

Bald darauf kursierten Gerüchte in der Stadt: Ihre Beschäftigung mit Astronomie, Mathematik und Philosophie sei eine finstere Angelegenheit. Hypatia war eine Frau, konnte also nur eine Hexe sein, die sich der schwarzen Magie hingab. Im März 415 (oder 416) schritt die Menge, aufgestachelt von einem Gefolgsmann Kyrills, zur Tat: Vor ihrem Haus wurde die heimkehrende Hypatia aus dem Wagen und in eine Kirche gezerrt. Dort riss man der Sechzigjährigen die Kleider vom Leib und ermordete sie, wie es in den Quellen heißt, mit Scherben. Dann riss der fanatisierte Pöbel den Leichnam in Stücke, schleppte diese vor die Stadt und verbrannte sie. (Kyrill, der Anstifter der Tat, wurde später von der Kirche heilig gesprochen.)

Damit endete nicht nur das Leben einer bemerkenswerten Frau, sondern der Mord läutete auch den Tod einer ganzen geistigen Tradition ein. In den Jahren nach dem Mord wird die Bibliothek von Alexandria praktisch nicht mehr erwähnt, so als seien ihre großen Sammlungen spurlos verschwunden. Gewiss geschah das nicht mit einem Schlag – darüber hätte be-

stimmt irgendwer berichtet. Aber mit den Jahren werden das Wüten brandschatzender Soldaten und das Nagen des Bücherwurms der Bibliothek wohl ein Ende gesetzt haben. So spiegelt sich ihr Schicksal, zumindest symbolisch, im Schicksal der Hypatia wider.

Der Text ist, zum Teil wörtlich, dem mit dem Pulitzer Preis 2012

ausgezeichneten Buch „DIE WENDE. Wie die Renaissance begann“ von Stephen Greenblatt entnommen. Der Autor schildert darin die Wiederentdeckung des antiken Textes „De rerum natura“ von Lukrez zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Näheres dazu unter www.siedler-verlag.de.

Interessiert?



Freie Lehrer
Freiheitlicher Lehrerverein
Start
Schluss mit dem Zögern! Tu was!

Freiheitlicher Lehrerverband
 Blütenstraße 21/1
 4040 Linz

Freie Lehrer
Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

E-Mail:

Tel.Nr.: geb. am:

Ich trete dem FLV Landesverein bei.

Datum: Unterschrift:

Freiheitlicher Lehrerverein

**Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
 Sie möchten mit uns diskutieren?
 Sie interessieren sich für uns?**

**... nur mal kontaktieren?
 Schreiben Sie an eine dieser Adressen
 oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at**

**Sie möchten beitreten und mitmachen?
 Bitte sehr, gerne!
 Beitrittserklärung ausfüllen oder
 einfach nur Mail schicken!**